

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft
Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht
4021 Linz • Kärntnerstraße 10-12

Geschäftszeichen:
AUWR-2020-141091/15-H/Sc

Bearbeiter/-in: Mag. Christian Hell
Tel: (+43 732) 77 20-13421
Fax: (+43 732) 77 20-21 34 97
E-Mail: en.auwr.post@ooe.gv.at

Linz, 30.09.2020

**Netz Oberösterreich GmbH, Energie AG OÖ, Linz;
Bauvorhaben: Neubau der 30 kV-Kompaktrafostation
„Lengau Wimpassing“ samt Kabelverlegung;
Gemeinde Lengau;
energiebehördliches Prüfungs- und Bewilligungsverfahren**

Anberaumung einer FORTSETZUNGSVERHANDLUNG – Antragsänderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben folgende Angelegenheit, an der Sie beteiligt sind, zu bearbeiten:

Mit Schreiben vom 5. Juni 2020, AUWR-2020-141091/3-H/Sc, haben wir Sie darüber informiert, dass die Netz Oberösterreich GmbH, Neubauzeile 99, 4030 Linz, im Namen der Energie AG Oberösterreich, Böhmerwaldstraße 3, 4020 Linz, sowie im eigenen Namen unter Vorlage von Projektunterlagen um die Erteilung der starkstromwegerechtlichen Bau- und Betriebsbewilligung für

1. den Neubau der 30 kV-Kompaktrafostation „Lengau Wimpassing“ auf Grundstück Nr. 897/1, KG 40120 Oberehreneck (zukünftig Grundstück Nr. 897/20), sowie
2. die Neuverlegung eines 30 kV-Kabelsystems, abgehend von der bestehenden 30 kV-Trafostation „Haidach RAG“ bis zur geplanten 30 kV-Trafostation „Lengau Wimpassing“, mit einer Trassenlänge von 0,584 km,

sowie um Durchführung des **elektrotechnischen Prüfungsverfahrens** angesucht (ZI. NR/SaM vom 30. April 2020) hat.

Über diesen Antrag fand am 9. Juli 2020 eine mündliche Verhandlung statt, als deren Ergebnis die Fortsetzung des Ermittlungsverfahrens vereinbart wurde. Der Netz Oberösterreich GmbH wurde ein

Verbesserungsauftrag zum Gegenstandspunkt 2. erteilt, der eine Projektüberarbeitung hinsichtlich des Anschlusses des 30 kV-Kabelsystems zum Inhalt hatte.

Nunmehr **ändert** die Netz Oberösterreich GmbH, Neubauzeile 99, 4030 Linz, im Namen der Energie AG Oberösterreich, Böhmerwaldstraße 3, 4020 Linz, sowie im eigenen Namen, mit Schreiben vom 17.09.2020 (Zl. NR/SaM) unter Anschluss von **ergänzenden** Projektsunterlagen **den Antrag** auf Erteilung der starkstromwegerechtlichen Bau- und Betriebsbewilligung **für den Gegenstandspunkt 2. folgendermaßen ab:**

- die Neuverlegung eines 30 kV-Doppelkabelsystems, jeweils abgehend von der geplanten 30 kV-Kompaktrafostation „Lengau Wimpasing“ bis zur geplanten Muffen 1 (Grundstück Nr. 902/1, KG 40120 Oberehreneck) auf dem bestehenden 30 kV-Kabelsystem Richtung „Trafostation Schwöll Bahnhof“ bzw. bis zur geplanten Muffe 2 (Grundstück Nr. 902/1, KG 40120 Oberehreneck) auf dem bestehenden 30 kV-Kabelsystem Richtung „Trafostation Haidach RAG 1“, mit Trassenlängen von ca. 0,462 km und ca. 0,463 km.

In dieser Angelegenheit wird von der Oö. Landesregierung und vom Landeshauptmann von Oberösterreich eine **mündliche Fortsetzungsverhandlung anberaumt:**

Ort: Gemeindeamt Lengau	
Datum: Dienstag, 3. November 2020	Zeit: 09:45 Uhr

Bitte kommen Sie persönlich zur Verhandlung oder entsenden Sie an Ihrer Stelle einen Bevollmächtigten/eine Bevollmächtigte. Sie können auch gemeinsam mit Ihrem/Ihrer Bevollmächtigten zu uns kommen.

Bevollmächtigt kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Ihr Bevollmächtigter/Ihre Bevollmächtigte muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn Sie sich durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (z.B. einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhandler/eine Wirtschaftstreuhandlerin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lassen,
- wenn Ihr Bevollmächtigter/Ihre Bevollmächtigte seine/ihre Vertretungsbefugnis durch seine/ihre Bürgerkarte nachweist,
- wenn Sie sich durch uns bekannte Angehörige (§ 36a AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lassen und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn Sie gemeinsam mit Ihrem/Ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bitte bringen Sie zur Verhandlung diese Verständigung mit oder veranlassen Sie, dass Ihr Bevollmächtigter/Ihre Bevollmächtigte diese mitbringt. Hinweise auf sonst erforderliche Unterlagen finden Sie auf den nächsten Seiten neben Ihrem Namen.

Wichtige Informationen im Zusammenhang mit COVID-19

Gemäß § 3 Abs. 1 COVID-19-VwBG (Verwaltungsrechtliches COVID-19-Begleitgesetz, BGBl. Nr. 16/2020 idgF) ist bei mündlichen Verhandlungen sicher zu stellen, dass am Ort der Amtshandlung zwischen den Personen ein Abstand von mindestens einem Meter eingehalten werden kann. Wir ersuchen daher um Verständnis, dass je nach Größe der zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten gegebenenfalls nur kleinere Gruppen von Verfahrensbeteiligten gleichzeitig im Verhandlungssaal anwesend sein dürfen und es dabei zu Wartezeiten vor dem Verhandlungssaal kommen kann.

Wir ersuchen sämtliche Personen, die beabsichtigen, an der Verhandlung teilzunehmen, sich mit einer Mund- und Nasenbereich bedeckenden mechanischen Schutzvorrichtung (Maske) auszustatten. Personen, die ohne eine derartige Vorrichtung erscheinen, können vom Verhandlungsleiter/von der Verhandlungsleiterin von der Verhandlung ausgeschlossen werden. Diese Vorschrift gilt nicht für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr oder für Personen, denen aus gesundheitlichen Gründen das Tragen einer Vorrichtung nicht zugemutet werden kann.

Sollten Sie nicht an der Verhandlung teilnehmen wollen oder können, steht Ihnen ebenso die Möglichkeit offen, Ihre Einwendungen schriftlich bis spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde einzubringen oder einen bevollmächtigten Vertreter zu entsenden.

Das geplante Bauvorhaben berührt folgende fremde/öffentliche Einrichtungen oder Interessen:

- 30 kV-Erdkabel, Kanal sowie Gasleitung der RAG Austria AG
- Fernmeldeanlagen der A1 Telekom Austria AG
- Fernwärmeleitung der Hackschnitzel- und Heizgenossenschaft Straßwalchen reg.Gen.mbH
- die Braunauer Straße B147 von km 1.870 bis km 2.077
- landwirtschaftlich genutzte Flächen

Sie können in folgende Projektunterlagen Einsicht nehmen:

Projektmappe der Netz Oberösterreich GmbH	
Ort der Einsichtnahme: Amt der Oö. Landesregierung, Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht, Kärntnerstraße 10-12, 4021 Linz Energierecht Hauserhof, 2. Stock, Zi.-Nr. 2D146 nach telefonischer Terminvereinbarung (Tel.Nr. 0732/7720-15601)	Zeitraum: Während der Amtsstunden
Gemeindeamt Lengau nach telefonischer Terminvereinbarung (Tel.Nr. 07746/2202)	Während der Amtsstunden
Bei Bedarf können Sie auch die digitale Version der Projektunterlagen beim Amt der Oö. Landesregierung, unter der Tel.Nr. 0732/7720-15601 anfordern.	

Abgesehen von Ihrer persönlichen Verständigung wird die Verhandlung

an der Amtstafel der Gemeinde Lengau

durch Verlautbarung unter der Internetadresse <http://www.land-oberoesterreich.gv.at> kundgemacht.

Als **Antragsteller/Antragstellerin** beachten Sie bitte, dass die Verhandlung in Ihrer Abwesenheit durchgeführt oder auf Ihre Kosten vertagt werden kann, wenn Sie die Verhandlung versäumen (bzw. wenn Ihr Vertreter/Ihre Vertreterin diese versäumt). Wenn Sie aus wichtigen Gründen (z.B. Krankheit, Behinderung, zwingende berufliche Verhinderung oder Urlaubsreise) nicht kommen können, teilen Sie uns dies sofort mit, damit wir allenfalls den Termin verschieben können.

Als **sonst Beteiligter/Beteiligte** beachten Sie bitte, dass Sie, wenn Sie Einwendungen gegen den Gegenstand der Verhandlung nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde bekanntgeben oder während der Verhandlung vorbringen, insoweit Ihre Parteistellung verlieren. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein. **Dies gilt auch für eine Abwesenheit aufgrund der Zugehörigkeit zu einer COVID-19-Risikogruppe.**

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Wenn Sie gegen das der Verhandlung zugrunde liegende Bauvorhaben keine Einwände haben, ist eine Teilnahme an der Verhandlung nicht unbedingt erforderlich.

Rechtsgrundlagen:

- §§ 40-42 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. 51/1991 i.d.F. BGBl. I 58/2018
- §§ 1-3, 6, 7 und 22 Oö. Starkstromwegegesetz 1970, LGBl. 1/1971 i.d.F. LGBl. 90/2013
- §§ 1-6, 8-10 und 13 Elektrotechnikgesetz 1992 – ETG 1992, BGBl. 106/1993 i.d.F. BGBl. I 27/2017
- **§ 3 Abs. 1 Verwaltungsrechtliches COVID-19-Begleitgesetz (COVID-19-VwBG)**

Freundliche Grüße

Für die Oö. Landesregierung

Für den Landeshauptmann von Oberösterreich

Im Auftrag

Mag. Christian Hell

Hinweise:

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter:

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/amtssignatur>

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutz>

Wenn Sie mit uns schriftlich in Verbindung treten wollen, richten Sie Ihr Schreiben bitte an das Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft / Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht, Kärntnerstraße 10-12, 4021 Linz, und führen Sie das Geschäftszeichen dieses Schreibens an